

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ulmann :

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der PDS spricht der Abgeordnete Dr. Glück.

Dr. Glück für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete ! Der heutigen Volkskammertagung wurden durch die Regierung 18 Steuergesetze einschließlich des Zollgesetzes mit einem Umfang von über 600 Seiten vorgelegt, und das ist nur ein Teil der von der BRD zu übernehmenden Steuerregelungen. Unseres Erachtens ist es äußerst kompliziert für die Abgeordneten, diese umfangreichen Steuerbestimmungen in so kurzer Zeit inhaltlich durcharbeiten und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Unternehmen und Bürger zu überblicken.

Nicht umsonst spricht man in der BRD vom Steuerdschungel und von einem der kompliziertesten Steuersysteme der Welt mit über 60 verschiedenen Steuerarten. Dennoch möchte ich einige Gedanken darlegen, welche Auswirkungen die Einführung der vorliegenden Steuergesetze auf den Haushalt der Republik und auf die Haushalte der Länder künftig haben könnte. Mit Inkrafttreten der Währungsunion werden die Steuern die wichtigste Einnahmequelle für die öffentlichen Haushalte der Republik und der Länder.

Bisher resultierten die Einnahmen des Staatshaushaltes zu über 80 % aus den Abführungen der volkseigenen Betriebe. In der BRD entfallen etwa 92% der gesamten Bundeseinnahmen auf Steuern.

In diesem Zusammenhang steht für mich die Frage: Wie wird von der Regierung die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt eingeschätzt? Darüber haben wir bisher nichts Konkretes gehört. Auch heute gelang es kaum. Soviel ist bekannt, daß durch den Finanzminister der DDR in seinen Verhandlungen mit dem Finanzminister Waigel das voraussichtliche Defizit des Staatshaushaltes der DDR mit 33 Mrd. DM 1990 und 53 Mrd. DM 1991 eingeschätzt wird. Dieses Defizit wird zwar durch Kreditaufnahmen der DDR und die Bereitstellung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Dennoch stellt sich für mich die Frage, ob die vom Ministerium für Finanzen in der Information vom 30. Mai 1990 getroffene Festlegung wahr ist, daß „die vorgesehene Einführung des Wachstums- und investitionsfreundlichen Steuersystems der Bundesrepublik“ zugleich die notwendigen Einnahmen des Staates sichert?

Wir erwarten von der Regierung, daß sie baldmöglichst offenlegt, wie sich nach ihrer Einschätzung die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung in der DDR und nach Übernahme des BRD-Steuersystems in den nächsten Jahren entwickeln werden.

Ein weiteres Problem: Für die Bürger der DDR sind die vorgesehenen Steuerregelungen gegenwärtig nicht überschaubar. Die zu verabschiedenden Steuergesetze berühren aber bereits ab 1. Juli 1990 die Einkommen und damit die Lebensverhältnisse aller Bürger auf vielfältige Weise und unmittelbar.

Es findet unsere grundsätzliche Zustimmung, daß im Zusammenhang mit der Übernahme der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge der BRD bereits ab 1. Juli 1990 die BRD-Lohnsteuern eingeführt werden. Sonst hätte die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge von 10 auf 17,9 % bei Anwendung der bisherigen Lohnsteuern der DDR zu gravierenden Einkommensverlusten für alle Bürger geführt. Mit der Übernahme der Lohnsteuern, Löhne und Gehälter der BRD ab 1. Juli 1990 für die Bürger der Republik werden die der Arbeiter und Angestellten nach einer einheitlichen Tabelle besteuert. Im Ergebnis führt das dazu, daß der Ausgleich zu den höheren Sozialversicherungsbeiträgen von 17,9 % durch die niedrigen Lohnsteuern nur den Gehaltsempfängern im Gegensatz zu den Arbeitern finanzielle Vorteile bringt. Für Produktionsarbeiter ergeben sich durchweg Nettoeinkommensminderungen. Nach Angaben in den überreichten Argumentationen zum Steueranpassungsge-

setz, Seite 4, werden diese Minderungen für Werk tätige mit einem Einkommen bis 800 M durch Zuschläge von 10 bis 30 M weitestgehend ausgeglichen. Das bedeutet: Für 1,7 Millionen Produktionsarbeiter mit höherem Einkommen ergeben sich jedoch Einbußen von 27 bis 76 M und für 800 000 Produktionsarbeiter zwischen 80 und 240 M. Die Einkommen der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften - außer landwirtschaftlichen - unterliegen den gleichen Tendenzen.

Nun ist es interessant zu erfahren, wie sich diese Nettoeinkommensminderungen mit den mehrfachen Regierungsversprechen vertragen, keinem wird es nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schlechter gehen. Auch öffentliche Hinweise von Regierungsvertretern auf bevorstehende Verhandlungen zu den neuen Tarifverträgen reichen uns nicht aus, da sie nicht bis zum Inkrafttreten der Währungsunion abgeschlossen und damit wirksam sein werden.

Die PDS vertritt die Auffassung, daß nochmals überlegt werden sollte, ob Einkommenseinbußen beim Nettolohn der Arbeiter ab 1. Juli 1990 unumgänglich sind. In diesem Sinne sollte seitens der Regierung überlegt werden, ob befristet bis zum Inkrafttreten neuer Tarifverträge aus dem Staatshaushalt für alle Produktionsarbeiter entsprechende Ausgleichszahlungen gewährt werden.

Zu einem letzten Problemfeld: Entsprechend den vorliegenden Gesetzentwürfen sollen in der DDR ab 1. Juli 1990 auch die Mehrwertsteuer und 10 Verbrauchssteuerarten, z. B. die Branntweinsteuer, die Tabaksteuer, Mineralölsteuer und andere eingeführt werden.

Wir halten es für nicht ausgewogen, wenn in der Öffentlichkeit Regierungsvertreter durch die Auswahl geeigneter Beispiele den Eindruck erwecken, als ob durch jetzt vorgeschlagene Steuergesetze alle Preise für die Bevölkerung der DDR gegenüber dem jetzigen Stand niedriger werden. Dabei werden die Preise solcher Waren verglichen, wie Vergaserkraftstoff oder Bohnenkaffee, in denen bereits jetzt produktgebundene Abgaben an den Staat enthalten sind. Der Finanzminister hat allerdings heute klärende Worte dazu gefunden.

Vergessen wird dabei auch die Tatsache, daß die Preise der meisten Lebensmittel und auch von Industriewaren mit insgesamt 50 Mrd. Mark jährlich aus dem Staatshaushalt subventioniert waren. Durch den Beschluß der Regierung, die Preise für die Erzeugnisse ab 1. Juli 1990 freizugeben, fallen diese Subventionen weg, was zu entsprechenden Preiserhöhungen führt.

In diesem Zusammenhang möchte ich an das eindeutige Versprechen in der Regierungserklärung erinnern, ich zitiere aus der Regierungserklärung: „In den nächsten 8-10 Wochen wollen wir die Grundlagen für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion legen, damit diese vor der Sommerpause in Kraft treten kann. Dabei ist 1:1 der grundlegende Kurs ... Dazu gehört, daß vor der Währungsumstellung die Aufwendungen für die bisherigen Subventionen differenziert den Löhnen und Renten zugeschlagen werden. Erst dann können die Preise ... mit der Entwicklung der Einkommen schrittweise freigegeben werden.“

Meine Damen und Herren! Mir ist klar, daß mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion keine Harmonie aller Interessen erreicht werden kann. Es wird für jeden Bürger Vor- und Nachteile geben. Wichtig ist, die sozialen Auswirkungen der Nachteile in Grenzen zu halten; denn Chancengleichheit für alle Bürger ist eine wichtige Voraussetzung beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bitte um das Wort Herrn Abgeordneten Haschke. Er spricht für die Fraktion der DSU.